



[www.forum-rauchfrei.de](http://www.forum-rauchfrei.de)  
[post@forum-rauchfrei.de](mailto:post@forum-rauchfrei.de)

#### **Sprecher(in) und Anschrift**

Johannes Spatz, ☎ (030) 7475-5922, Fax: -5925  
c/o BA Friedrichshain-Kreuzberg, Plan- u. Leitstelle Gesundheit  
Müllenhoffstr. 17  
10967 Berlin

Giselly Leinenbach, ☎ (030) 897 49007  
Dr. Jörn Reimann, ☎ (030) 256 33829  
Wolfgang Nitze, ☎ (030) 747 55974

---

## **Presseerklärung**

---

**Berlin, 04.10.06**

### **Umfassende Tabakprävention**

Das Forum Rauchfrei, das bundesweit für einen umfassenden Nichtraucherschutz eintritt, fordert ein Programm der Tabakprävention aus einem Guss. Nicht nur ein generelles Rauchverbot für Gaststätten und andere, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtungen, stehen auf der Tagesordnung, sondern auch ein generelles Werbeverbot sowie die Abschaffung aller Zigarettensautomaten. Ebenso wichtig ist eine Angleichung der Steuern für alle Tabakprodukte auf das Niveau der Zigarettenssteuern.

Johannes Spatz, Sprecher des Forum Rauchfrei, fordert die Bundesregierung auf, endlich aus ihrer Deckung herauszukommen und offensiv mit dem Problem umzugehen, dass in der Bundesrepublik jährlich 140.000 Menschen an den Folgen des Rauchens und 3.300 Menschen an den Folgen des Passivrauchens sterben. Er fordert das seit Jahren von der Drogenbeauftragten angekündigte Aktionsprogramm für Tabakprävention ein. Die Regierung müsse endlich die Tabakepidemie ernst nehmen. Spatz appelliert an die Regierung, für ein bundesweites Tabakpräventionsprogramm 40 Millionen Euro zu investieren. Verglichen mit den weit mehr als 10 Millionen Euro, die von der Bundesregierung jährlich für ein Programm gegen AIDS ausgegeben werden, erscheint dieser Betrag mindestens erforderlich. Es liegt auf der Hand, dass die von der Regierung bisher für Tabakprävention jährlichen ausgegebenen 2 Millionen dagegen verschwindend gering sind. Während jährlich ca. 750 Menschen in Deutschland an AIDS sterben, sterben 140.000 Menschen in Folge des Rauchens.

Auch solle die Bundesregierung die unheilige Allianz mit den Tabakkonzernen beenden. Sie solle die restlichen Gelder, die sie von den Tabakkonzernen zur Finanzierung eines Jugendpräventionsprogramms erhalten hat (insgesamt 11,8 Millionen über den Zeitraum von fünf Jahren) zurückzahlen. Die Tabakindustrie hatte die Zahlung dieses Geldes an die Bedingung geknüpft, dass die damit zu finanzierenden „Präventionsmaßnahmen“ die Tabakindustrie und ihre Produkte nicht diskriminieren dürfen.